

Bad Bank – Wie die Welt politisch Pleite geht

Die Finanz-Dramaturgen haben ihr Meisterstück inszeniert. Es ist schaurig anzuschauen und faszinierend zugleich. Noch nie demonstrierte die Branche derart unverhohlen und auf offener Bühne, dass sie gelernt hat, mit einem finanziellen Perpetuum mobile zu hantieren. Es könnte auch gesagt werden, der Finanzindustrie ist es gelungen, aus Bürgern Goldesel zu klonen.

Europa und die USA befinden sich nach der Immobilienkrise (ausgelöst durch die verantwortungsresistente Kreditpolitik der Banken), der Finanzkrise (ausgelöst durch das moralfreie Zocken der Banken) und der Wirtschaftskrise (ausgelöst durch den Dominoeffekt infolge von Immo- und Finanzkrise) nun in der Schuldenkrise. Verblüffend nur, dass ausgerechnet der Auslöser der Misere nicht in der Schuldenkrise ist: die Finanzbranche. Ihr geht's gut. Schließlich steigen mit den Schulden anderer ihre Renditen. So gesehen ist es buchstäblich ein *ausgemachtes* Glück für die Branche, dass der Staat derzeit so tief in der Kreide steht – und also in einem Zustand gefangen ist, den die Finanzwirtschaft herbeigeführt hat.

Die Farce spielt in fünf Akten.

Erster Akt: Die Staaten müssen Schulden machen, um die Finanzindustrie infolge der von ihr verursachten US-Immobilien-Krise zu retten. Die Zinsen für diese neuen Schulden kassiert – die Finanzindustrie (freilich nicht die geretteten Banken selbst, aber deren Branchen-Mitbewerber).

Zweiter Akt: Infolge der bankenverursachten Immo-Krise und der Lehman-Pleite bricht die Konjunktur ein. Die Notenbanken leihen daraufhin den Banken beinahe zum Nulltarif Geld, damit sie die Realwirtschaft mit lebenswichtigen Krediten versorgen können. Die Banken aber steigen stattdessen mit dem geschenkten Geld abermals in hoch verzinste, weil hoch riskante, Finanztitel ein. Unter anderem in Griechenland-Anleihen. Während es rundherum kracht, machen sie mit staatlichem Geld private Gewinne.

Dritter Akt: Die Staaten müssen Griechenland retten (und infolge die übrigen PIIGS-Staaten Portugal, Italien, Irland, Spanien). Nicht etwa zugunsten von deren Steuerzahlern, sondern: damit die Gläubiger, also vornehmlich Banken und Investmentfonds, nicht ihr Geld verlieren. Rund 70 Milliarden Euro hätten französische Banken abschreiben müssen, 50 Milliarden Euro deutsche Banken, etwa fünf Milliarden österreichische Banken. Wurde im zweiten Akt Staatsgeld zu Privatgewinn, wird nun, im dritten Akt, privater Verlust verstaatlicht.

Vierter Akt: Weil die Staaten im ersten und im dritten Akt die Finanzbranche gerettet haben und infolge der Krise zudem Konjunkturpakete finanzieren mussten, steigen die staatlichen Schuldenstände und damit auch die Zinssumme – zugunsten der Finanzbranche.

Fünfter Akt: Perverbiert und auf die Spitze getrieben wird die Aberwitzigkeit durch den Umstand, dass infolge der nun hohen Staatsschulden (ausgelöst zuvor durch die Banken-Rettungen) die Bonität der Staaten leidet und weiter leiden wird, woraufhin den Staaten als Risikozuschlag auch noch höhere Zinssätze verrechnet werden – von den Banken. Et voilà! Die Finanzminister verbeugen sich artig, das Finanz-Perpetuum mobile verursacht einen Tusch und das Publikum spendet anstatt Szenen-Beifall abermals Steuergeld.

In der Öffentlichkeit indes wird eine andere Wahrheit zur alleinigen Wirklichkeit. Der Staat stecke in der Schuldenfalle, *weil wir über unsere Verhältnisse gelebt haben*. Deshalb seien nun Blut und Tränen und Opfer und Einschnitte nötig. Kein Bereich könne ausgespart werden, überall müsse der Rotstift angesetzt werden, im Sozialwesen, der Schulbildung, den Universitäten, den Arbeitslosen, der Kultur. Andernfalls kollabiere der Euro, gehe der Staat Pleite, werde es nur noch schlimmer. Schuld an allem sei die Schuld. Und die in den siebenten Himmel der Gläubiger wachsende Zinslast für diese Schuld. Aber nicht nur wir haben über unsere Verhältnisse gelebt, uns schuldig gemacht. Schuld haben auch schon die Neugeborenen auf sich geladen. 25.000 Euro, wie etwa Österreichs Finanzminister mittels Inseraten wissen lässt. Die einzigen Schuldlosen, die einzigen scheinbar auch, die nicht über ihre Verhältnisse gelebt haben, sind Banken, sind Hedge- und Investmentfonds. Sie haben sich nichts zu Schulden kommen lassen, haben sich das Fremdkapital schlau eingeteilt. So ist es nur folgerichtig, dass den Bürgern Europas milliardenschwere Sparpakete abverlangt werden, dass Sozialleistungen nach unten und Steuern nach oben *nivelliert* werden, den Politikern zur Finanzbranche aber lediglich eine Finanztransaktionssteuer im Ausmaß von maximal 0,1 Prozent der Transfersumme einfällt, die wegen Uneinigkeit vermutlich unrealisiert bleibt. In den Vorstandsetagen der Banken werden rasch die Polstertüren geschlossen, damit das Schenkelklopfen und die Lachkrämpfe der Millionen-Euro-Boni-Manager nicht nach außen dringen.

Mit Finanz-, Griechenland- und Staatsschuldenkrise ist wie über Nacht, scheint es, ein Naturereignis über Europa hereingebrochen. Den Eindruck, dass die Politik wehrlos ist, bestenfalls rettet, was eben noch zu retten ist, vermittelt sie seit dem ersten Banken-Hilfspaket nach dem Bersten der US-Immobilienblase. Alternativlos sei die Rettung der Finanzinstitute, hieß es in den Hauptstädten. Ob man wolle oder nicht, müsse den in Not geratenen Banken geholfen werden, andernfalls würde alles zusammenbrechen: die Konjunktur, der Euro, die Wirtschaft, die Gesellschaft. Deutlicher kann nicht gesagt werden, dass sich die Politik der westlichen Welt in Geiselschaft der Finanzwirtschaft befindet.

Stockholm-Syndrom. So wird in der Psychologie das Phänomen genannt, wenn sich eine Geisel im Laufe ihrer Gefangenschaft mit dem Peiniger solidarisiert, mit ihm kooperiert, sogar um dessen Wohl besorgt ist. Schon kleinste Zugeständnisse des Geiselnehmers werden als große Erleichterung empfunden und gleich, was der Geiselnemer tut, die Geisel begibt sich wieder und immer wieder in ihre Zwangssituation, lässt Ausbruchsmöglichkeiten verstreichen, erachtet ihre Situation als gänzlich alternativlos.

Als US-Präsident Barack Obama die Stützung der Banken mit Milliardenbeträgen verlautbarte, betonte er, wie schwer es ihm falle, ausgerechnet die Verursacher der Krise mit Steuergeld zu retten. Er täte es mit geballter Faust im Hosensack. Die EU-Regierungschefs gaben ähnliches über ihren Seelenzustand preis. Nun ja, die Finanzindustrie dürfte die geballten Fäuste in den Hosensäcken verschmerzt haben.

Zwei Jahre später spielt die Politik in den USA und Europa nach wie vor das Spiel der freien, deregulierten Finanzwirtschaft, spielt es regelkonform und artig und brav. Und akzeptiert die Spieler gegenüber: Die Banken, Hedge-Fonds, Investmenthäuser, Trader, die auf Teufel-komm-raus zocken und sich die Spielschulden vom Staat bezahlen lassen, wenn ihre Karten nicht gestochen haben. Selbst Verfechter des liberalisierten Marktes bekennen, dass es die Finanzbranche zuwege gebracht hat,

Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren. „Es ist nicht hinnehmbar“, findet EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier, „dass der Steuerzahler weiterhin die hohen Kosten zur Rettung des Bankensektors tragen muss.“ Künftig müssten die Banken für verursachte Schäden selbst aufkommen. Heutzutage gilt eine Aussage wie diese, die im Grunde doch nur Selbstverständliches festhält, geradezu als visionär. Und zwar in dem Sinne visionär, als die Politik ja doch weiß, dass sie die Banken, geht es hart auf hart, abermals retten wird müssen. Der US-Ökonom Nouriel Roubini, der das Platzen der Immobilienblase vorhergesagt hatte, kritisiert die Mutlosigkeit der Politik. Jede Rettungsaktion schaffe Blase nach Blase nach Blase. Viele Großbanken stünden nach der Finanzkrise noch größer da als zuvor. Diszipliniere man die Finanzmoloche samt ihren Managern und Händlern nicht, zwinge man sie nicht zu strengen Eigenkapitalregeln und reguliere die Märkte nicht, werde die Finanzwirtschaft der Gesellschaft künftig noch frecher als bisher auf der Nase herumtanzen.

Dabei war der Finanzsektor in seiner ursprünglichen Konzeption als bescheidener Dienstleister gedacht, als Vermittler zwischen Geldgebern und Unternehmern. Für die Zirkulation des Kapitals zum Wohle von Wirtschaft und Gesellschaft sollte die Branche sorgen, also schlicht das tun, was als klassisches Bankgeschäft gilt. In den Augen der Banker ist genau jenes Geschäft aber das Aschenputtel der Branche. „Boring banking“ wird es verächtlich genannt; Adrenalinkicks und saftige Manager-Boni verspricht es nicht.

„Was der Mensch zu seinem Wohl geschaffen hat, also die Finanzwirtschaft, richtet sich nun gegen den Menschen“, bringt es Stephan Schulmeister vom österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitut auf den Punkt. Und der politischen Elite fehle die Kraft und die Entschlossenheit, das zu ändern.

Tatsächlich verhält sich die Politik, wie eine Geisel sich eben verhält: furchtsam, verunsichert, zaghaft. Überzeugt ist sie lediglich, dass sie kaum Handlungsspielraum hat. Die Gesetze des Marktes könnten nun einmal nicht einfach ausgeschaltet werden. Zudem rechtfertigt die Politik auch die aktuellen Einsparungen und Steuererhöhungen mit den Gesetzen des Marktes, erklärt die steigenden Zinsen für die Staatsschuld mit den Gesetzen des Marktes – und pfeift auf die Gesetze des Marktes, wenn es gilt, zugunsten der Finanzwirtschaft zu intervenieren.

Mit der normativen Kraft des Faktischen hat die Finanzindustrie der Welt ihre Spielregeln aufgezwungen und darüber hinaus einen unbemerkten Wertewandel bewirkt: Nicht mehr Dienstleister der Gesellschaft ist sie, sondern Geldvermehrter in eigener Sache und auf Kosten von Realwirtschaft und Gesellschaft. Nicht mehr die verlässliche Zirkulation des Geldes ist ihr Ziel, sondern die kurzfristige Umleitung des Geldflusses je nach Eigennutzen. Und alle Sorge gilt nun auch nicht mehr den Menschen, ihre Stelle nehmen jene Instrumente ein, die einst für sie geschaffen wurden: Finanzprodukte, Börsen, Indizes. „Wie geht’s heute dem DAX?“, fragt die TV-Moderatorin. „Verschnupft“, antwortet der Finanz-Journalist besorgt.

Eine verkehrte Welt hat die Finanzindustrie geschaffen – mit einer Bevölkerung darin, die sich nach ihrer Befindlichkeit zu richten hat. Bestenfalls müssen Kleinigkeiten im System justiert werden, etwa in Form des partiellen Verbots von Leerverkäufen, der Einführung einer Finanztraktionssteuer oder der Etablierung eines Fonds für Fehlspekulationen. Mehr sei den Banken nicht zuzumuten, schließlich sei es im Interesse aller, dass sie funktionierten und es ihnen gut gehe, entdeckt die Politik neuerdings wieder ihre soziale Ader.

Nachdem sie die Autonomie aufgibt, wird die Vernunft zu einem Instrument, befand der deutsche Sozialphilosoph Max Horkheimer. Mächtige könnten diese *instrumentelle Vernunft* beliebig benutzen. Der polnische Soziologe Zygmunt Bauman spricht in diesem Zusammenhang von formeller Rationalität. Wenn eine Abfolge von Aktionen erst einmal in Gang gekommen sei, trete die formelle Rationalität des Systems in Kraft und lasse jede Zwischenentscheidung, bezogen auf die unmittelbar vorher existierende Lage, als höchst rational erscheinen. So werde der Handelnde ein Sklave seiner vergangenen Aktionen.

Und so hinterfragt der Handelnde auch nicht, weshalb die Gürtel-enger-schnallen-Hysterie ausgerechnet jetzt ausgebrochen ist. Weil die EU nicht Griechenland werden darf. Gewiss. Aber wer definiert, ab wann eine Staatsschuld zu hoch ist, wer definiert, bis wann eine Schuld ökonomisch vertretbar ist und ab wann nicht mehr? Die Politik? Nein. Ihr ist auch hier nur die Rolle des ausführenden Organs zugedacht. Das gesteht sie auch freimütig ein. Daher, wie praktisch, ist der Politik auch nicht vorzuwerfen, dass gespart, gestrichen, gekürzt werden muss. Die Märkte verlangen es so. „DIE MÄRKTE.“ Es klingt wie Gottes Zeigefinger; wie eine gestrenge, doch hoch vernünftige, unumstößliche Verheißung zum Wohle der Menschheit sowie zur Balance der Weltachse. Längst wurde vergessen und verdrängt, dass *die Märkte* nicht mehr und nicht weniger sind, als von Eigeninteressen gelenkte Banken, Fonds, Investmenthäuser und Ratingagenturen. Die Märkte also. Und weshalb verlangen sie ausgerechnet jetzt sofortiges und radikales Sparen und Volkbesteuern? Der Wiener Ökonom und Europa-Experte Fritz Breuss zieht ein Blatt Papier mit einem Chart hervor. Von 1999 bis 2008, ist zu sehen, bewegten sich die Schulden der EU-Staaten um die 65 Prozent der Wirtschaftsleistung. 2009 aber schießt die Kurve nach oben und liegt 2011 bei prognostizierten 83 Prozent. „Der Finanzsektor“, brummt Breuss und seine Mundwinkel zucken nach oben, „die Gläubiger der Staatsschulden“, ergänzt er, „fürchten sich vor einem Haircut.“ Sollten manche EU-Staaten die Krise nicht meistern und tatsächlich pleite gehen, was viele Ökonomen für durchaus möglich halten, könnten sich die Regierungen nur noch mit einer starken Inflation retten oder gar mit einem Währungsschnitt. Die Gläubiger fielen um einen Teil ihrer Außenstände um, bekämen mithin einen radikalen Haircut verpasst. Die Märkte, meint Breuss, hielten mittlerweile alles für möglich. Das Vertrauen sei weg, seit die EU-Regierungschefs gemeinsam mit der Europäischen Zentralbank gegen ihre eigenen Gesetze verstoßen hätten, etwa indem Euro-Staaten mit Budgetmitteln geholfen wurde und die Zentralbank fortan marode Staatsanleihen kaufe. Jedenfalls: In den Vorstandsetagen der Finanzindustrie herrsche Unsicherheit.

Dabei lief bis vor kurzem alles in so wunderbar kalkulierbaren Bahnen mit den verlässlichsten Kunden der Finanzbranche, den Staaten. Die Pegelstände der Staatsschulden bewegten sich auf ideal hohem Niveau, gerade recht, um laufend und politisch risikofrei Milliardenbeträge an Zinsen und Zinseszinsen einzunehmen. Ein lukrativer Dauerauftrag der Politik zugunsten der Banken.

Es gebe ein simples Mittel, um diese paradiesischen Verhältnisse für die Finanzindustrie wieder herzustellen. Ein simples Mittel auch, um zu verhindern, dass die EU ein griechisches Schicksal erleidet; dass bei Jugend, Sozialem, Zukunftsinvestitionen gekürzt werden muss; dass die Gesellschaft auseinander bricht. Es genüge, wenn jene Solidarität, die im Zuge der Sparpolitik aktuell der Bevölkerung Europas abverlangt wird, auch von der Finanzindustrie praktiziert würde – in Form einer Zinssatz-Reduktion. Dass hohe Staatsschulden, gleich einem Naturgesetz zufolge, hohe Zinsen bedingen, widerlegt Japan. Die zweitgrößte

Volkswirtschaft der Welt ist nicht wie die EU mit rund 80 Prozent der Wirtschaftsleistung verschuldet, sondern mit 200 Prozent. Dennoch betragen die Zinsen für die Staatsschuld mit knapp 1,5 Prozent einen Bruchteil jener, die Gläubiger für europäische Staatsanleihen kassieren. Das ist keineswegs ein Paradoxon. Möglich ist es schlicht dadurch, dass die japanischen Staatsschulden nicht von Banken oder zwischengeschalteten Investmentfonds finanziert werden, sondern zu mehr als 90 Prozent von privaten Sparern, also der Bevölkerung.

Für den Fall, dass sich Bank-Großaktionäre, Fonds-Manager sowie jene Finanzinvestoren, die jährlich die Forbes-Liste der reichsten Menschen anführen, nicht schlicht aus Verantwortungsgefühl ähnlich bescheiden wie die Bevölkerung, blieben der Europäischen Zentralbank sowie der Politik noch immer die Möglichkeit, den Zinssatz per Reglement einzuschränken – was naturgemäß nicht in Frage kommt. Die Märkte wären dagegen.

TS, 7.Juni 2010